



DIE KV-TAGE

Seit 46 Jahren gehören die KV-Tage zur Eröffnung der Jahresveranstaltungen der KV-Akademie. Sie sind hervorgegangen aus den Tagungen zur Deutschen Synode in Würzburg, finden aber jetzt dort nicht mehr statt. Auch im nächsten Jahr ist Fulda wieder Tagungsort.

KV-TAGE AN AKTUALITÄT KAUM ZU ÜBERTREFFEN

Religion zwischen Aufklärung und Fanatismus

„Religion zwischen Aufklärung und Fanatismus - eine Herausforderung für Christen, Juden und Muslime“: Bei der Vorbereitung der 46. KV-Tage, die Anfang Januar in Fulda stattfanden, war die Brisanz des Themas kaum abzusehen. Jetzt vergeht kein Tag, an dem nicht von Gewalttaten mit religiösem Hintergrund berichtet wird. „In manchen Bereichen prallen die Gegensätze so hart aufeinander, dass wir fassungslos davor stehen und mit einer gewissen Verzweiflung nach Erklärungen suchen“, sagte Kb Klaus Gierse bei der Begrüßung der Teilnehmer.

Tatsächlich ist es, als habe Religion nur noch Zutritt zu den negativen Schlagzeilen. Zwar wird die öffentliche Wahrnehmung verzerrt durch spektakuläre Aktionen wie die Flugzeugattentate vom 11. September 2001 oder islamistische Selbstmordanschläge. Doch es sind nicht nur Muslime, die Gewalt befürworten, sondern auch jüdische Extremisten, Hindu-Nationalisten, Buddhisten oder christliche Fanatiker. Aber in keiner Religionsgemeinschaft ist die Mehrheit gewalttätig, höchstens

kleine, gefährliche Minderheiten mit einem mehr oder weniger großen Kreis von Sympathisanten.

Ist es überhaupt die Religion, die zur Gewalt antreibt? Als „Der Spiegel“ in einer Titelgeschichte über die dreitausendjährige Geschichte Palästinas von einem „Schlachthaus der Religionen“ sprach, unterstellte er offensichtlich, Religionen seien die Hauptursache solcher kriegerischer Auseinandersetzungen, und ihr Verschwinden steigere die Chance für Frie-

de und Toleranz. Doch wer kann nach zwei Weltkriegen und den Massenvernichtungsaktionen von Hitler und Stalin, die zumindest in Europa mit einem beträchtlichen Bedeutungsrückgang von Religion und Kirchen einhergingen, behaupten, dass sich die Gewaltbereitschaft vermindert habe? Und da die Fremdenfeindlichkeit im stärker areligiösen Osten Deutschlands verbreiteter ist als im Westen, gibt es keinen Grund, beim Thema Frieden besorgt auf Gläubige und hoffnungsvoll auf Nicht-Religiöse zu blicken.



Michael Rubinstein berichtete über das Leben eines deutschen Juden.

Prof. Dr. Heiner Bielefeldt wusste seine Zuhörer zu fesseln.

Das Bonifatiushaus in Fulda erwies sich als eine ausgezeichnete Tagungsstätte für die KV-Akademie. Auch im kommenden Jahr werden hier die KV-Tage stattfinden.



Wie immer waren die Diskussionen lebhaft.



Die Führung durch den Dom zu Fulda hatte eine große Beteiligung.

Dass es sich empfiehlt, die Ursache religiös motivierter Gewalt in politischer Unzufriedenheit zu suchen, machte Heiner Bielefeldt, Inhaber des Lehrstuhls für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und Sonderberichterstatte für Religions- und Weltanschauungsfreiheit des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen deutlich. Nach allem, was die Sozialpsychologie weiß, entsteht Aggression durch Frustration, durch Blockade eines Ziels, das einem wichtig ist, und Gewalt täuscht ein Ende der Ohnmacht vor. Der Land- und Benachteiligungskonflikt zwischen Israelis und Palästinensern jedenfalls wäre kaum gelöst, wenn von heute

auf morgen alle Bewohner den jüdischen oder islamischen Glauben annähmen. Allerdings lässt sich Religion für politische Zwecke instrumentalisieren - und sie gibt sich dafür oft auch her.

Denn, sagte Professor Bielefeldt: Missbrauch der Religion kommt auch von innen. „Das ist ja nicht so, dass nur machiavellistische Politiker die religiöse Karte spielen, religiöse Ressentiments aufpeitschen, sondern Religionsgemeinschaften lassen sich zum Teil auch einspannen in dieses Spiel.“ Der Segen der russisch-orthodoxen Kirche für die aggressive Politik Präsident Putins etwa sei sehr gewiss, doch sie zahle dafür einen hohen Preis, „weil die legendäre Wiege

der russisch-orthodoxen Kirche in Kiew sich mehr und mehr abwendet.“ Religionen lieferten die polarisierenden, dämonisierenden Bilder, die Ausgrenzungsemantik gegenüber Ungläubigen, Ketzern und anderen: „Missbrauch der Religion kann man es nennen, aber Missbrauch der Religion ist auch ein Missbrauch von innen - von denen, die sich missbrauchen lassen.“

In der Berichterstattung erweckten immer wieder Metaphern den Eindruck, Gewalt im Namen der Religion sei eine Art Naturkatastrophe, die suggeriere, das Hasspotenzial sei immer schon dagewesen. „Wer diesen Eindruck erweckt, depotenziert eigentlich Politik“, sagte >>

» Bielefeldt. „Dann kann man nur hoffen, dass irgendwelche autoritären Machthaber den Druck auf dem Kessel aufrecht erhalten.“ Doch „immer ist Politikversagen ein entscheidender Faktor und gegen dieses Politikversagen gilt es Menschenrechte stark zu machen und Religionsfreiheit gehört dazu.“ Menschenrechte seien die Institutionalisierung von Respekt vor den Überzeugungen anderer. Sie könnten das Vertrauen wiederherstellen, das durch Staatsversagen zerrieben werde.

Religionsfreiheit bedeute auch, dass sich der Staat durchaus um Religion kümmern solle, aber so, dass Platz geschaffen werde für die Entfaltung eines religiösen Pluralismus. Keinesfalls dürfe sich der Staat „religiös einkleiden“, betonte Bielefeldt: Ein Staat der beanspruche, Hüter göttlicher Gesetze zu sein, mache den Raum für religiösen Pluralismus zunichte.



Prof. Dr. Bassam Tibi wird von Kb Klaus Gierse, dem Vorsitzenden der KV-Akademie, nach seinem Vortrag verabschiedet.

Auch die Religionsgemeinschaften seien herausgefordert, das Ihre zu tun, um gewalttätige Interpretationen zu verhindern, sagte Bielefeldt: „Die Gewalt resultiert ja nicht einfach aus den Heiligen Büchern. Die Gewalt kommt nicht aus der Sure 9, oder aus dem Buch der Apokalypse oder aus dem Buch Leviticus, oder was immer man in den Heiligen Büchern findet an harten Aussagen!“ Vielmehr stifteten Menschen den Zusammenhang von Gewalt und Religion, indem sie Religion in dämonisierender, polarisierender, enger Weise interpretierten. Daher könnten Menschen diesen Zusammenhang auch unterbrechen: „Es gibt Menschen in allen Religionsgemeinschaften, die sagen: ‚Not in my name! Ich will nicht, dass in meinem Namen, im Namen meiner Religion, Gewalt predigt stattfindet.‘“

„Gewalt im Namen von Religion“, schloss Bielefeldt, „ist kein Naturgesetz, keine Naturkatastrophe, es sind menschengemachte Verhältnisse, die man komplex analysieren muss. Menschen sind dafür verantwortlich, Menschen können das ändern.“

Der Islam ist aus mehreren Gründen besonders anfällig für politische Instrumentalisierung und Gewalt: Er ist in Ländern mit starken sozialen Konflikten und schwacher demokratischer Kultur beheimatet. Islamisten können sich - unter Missachtung späterer Differenzierungen und Herrschaftsformen - integristisch auf die theokratische Einheit von Religion und Staat in der Ursprungszeit ihrer Religion berufen. Auch lassen sich bestimmte Stellen im Koran militant als „heiliger Krieg“, als Dschihad, deuten - sei es zur Verteidigung gegen den angeblichen Angriff des Westens auf die islamische Welt, sei es zur Eroberung der Welt für den Islam. Extremisten können aus dem Koran auch Aussagen zur Heroisierung ihrer Kämpfer als „Märtyrer“ herauslesen. Insofern meldete Bassam Tibi, deutscher Politikwissenschaftler syrischer Herkunft, Zweifel an der Bereitschaft von Muslimen zu einem wirklichen Dialog auf Augenhöhe mit anderen Religionen an. 1994 sei er mit einer Gruppe muslimischer Gelehrter in London zu interreligiösen Gesprächen mit jüdischen Rabbinern zusammengekommen. Die Position des Islam gegenüber dem Judentum bestand darin, ihm Respekt und Religionsfreiheit einzuräumen, ansonsten galt das Judentum als „Religion zweiter Klasse“. Die Rabbiner forderten von der muslimischen Delegation, das Judentum als Religion auf gleichem Niveau anzuerkennen. Nach zwanzigminütiger Beratung habe die muslimische Delegation diese Forderung akzeptiert, berichtete Bassam Tibi: „Aber, wir sind ehrlich: Die Mehrheit der Muslime akzeptiert das nicht.“ Und: „Ich habe noch nie in meinem Leben einen christlichen Bischof oder Theologen gesehen, der den Mut hatte, dasselbe wie die Rabbiner von den Muslimen zu fordern.“ Dialog sei ein Mittel der Verständigung und der Konfliktlösung. „Aber das Problem mit dem Dialog ist - und das beruht auf Erfahrung - dass von islamischer Seite nicht ehrlich gesprochen wird.“ Von den Teilnehmern der KV-Tage blieb diese Position freilich nicht unwidersprochen.

Aber wie sieht die Situation einer religiösen Minderheit in der ach so toleranten bundesrepublikanischen Gesellschaft aus? Wie normal ist jüdisches Leben in Deutschland heute? Dazu lieferte der Vortrag von Michael Rubinstein Erhellendes. Er ist Geschäftsführer des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein, des größten jüdischen Landesverbands in Deutschland: Nach der Vernichtung durch die Shoah und dem Neuanfang nach dem Krieg habe das jüdische Leben in Deutschland in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten einen Aufschwung erfahren, den niemand für möglich gehalten hätte, berichtete Rubinstein. Bis zu Beginn der neunziger Jahre seien die jüdischen Gemeinden auf dreißigtausend Personen geschrumpft, bedingt durch Altersstruktur, Auswanderung der jungen Juden, aber auch durch Mischehen. Jüdisches Leben in Deutschland drohte auszusterben. Da war die Zuwanderung von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion seit Beginn der neunziger Jahre eine Chance, die einem Geschenk des Himmels gleich kam: Sie bremste die Erosion, hauchte Gemeinden neues Leben ein und ließ neue entstehen. „Dreißigtausend integrierten achtzigtausend Menschen“, sagte Rubinstein. Die-



Prof. Dr. Klaus Vellguth hielt ein vielbeachtetes Referat über die globalen Herausforderungen der katholischen Kirche, das wir in dieser Nummer der AM abdrucken.

se Leistung sei gerade angesichts der Herausforderung, mehr als eine Million Flüchtlinge in Deutschland zu integrieren, „ein Pfund, dass wir als jüdische Gemeinden sagen können: Wir werden da-



Ein Blick über die Dächer des Bonifatiushauses in Fulda.

Wie seit einigen Jahren wurde auch 2016 der Carl Sonnenschein-Preis im Rahmen der KV-Tage verliehen. Der Preisträger war Kb Dr. Bernd Schulte (Mk). Über die Verleihung berichten wir in der nächsten Nummer der AM.



Der Preisträger Dr. jur. Bernd Schulte (Mk)

bei helfen, Integration in unserem Land zu leisten."

Aktuell aber seien viele Gemeindemitglieder verunsichert. „Jüdische Menschen und Einrichtungen werden wieder Ziel von Anfeindungen und Angriffen, die zu großen Diskussionen darüber führen, welche Zukunft jüdisches Leben noch hier haben kann."

Denn die Gewaltbereitschaft im rechtsextremen Lager habe dramatisch zugenommen. 2014 sei die Zahl rechtsextremer Gewalttaten um fast 24 Prozent bis auf 990 angestiegen. Gleichwohl sehe der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, aktuell keine Gefahr für Juden in Deutschland. Es gebe keine konkreten Hinweise auf Anschläge wie etwa auf Synagogen. „Fakt ist allerdings", sagte Rubinstein: „Das radikale Potenzial in unserem Land übersteigt die Befürchtungen. Es ist erschreckend, wie erfolgreich die Rechtsradikalen mit ihren Hetzkampagnen zu Menschen durchdringen, die der rechtsextremen Szene bisher nicht zuzuordnen waren, aber offenbar für das Gedankenget empfanglich sind. Der Verfassungsschutz warnt vor einem Schulterschluss zwischen rechtsextremistischen Parteien und aufgepeitschten Bürgern. - Eine verheerende Allianz, der die Pegida-Bewegung den Weg gebahnt hat, weil sie die Atmosphäre in unserem Land mit Hass und Rassismus vergiftet hat. Inzwischen

tritt die Pegida-Bewegung offen antisemitisch auf. Es war ohnehin nur eine Frage der Zeit, bis diese Maske fallen gelassen wurde. Die leider zu beobachtende Verwendung des Begriffs Jude als Schimpfwort auf deutschen Schulhöfen zeigt, dass es mittlerweile niederschwellige Auswüchse gibt, die man vor einigen Jahren wohl schwer für möglich gehalten hätte." Die Gemeinden sorgten sich, wie sich jüdisches Leben in Deutschland entwickelt: „Wir stellen uns die Frage: Muss denn erst einmal etwas passieren, um darauf reflexartig zu reagieren, wo fängt die Gefahr an? Wichtiger und richtiger wäre daher eine vernünftige Präventionsarbeit als Querschnittsaufgabe unserer Gesellschaft, Aktion und Vorsorge statt Reaktion."

Einerseits sei es eine Wohltat, die neue deutsche Offenheit, die Willkommenskultur zu erleben. Andererseits sei die Aufgabe der Integration immens. Vor allem gebe es in den jüdischen Gemeinden die Sorge, Flüchtlinge importierten die antisemitischen Einstellungen ins Land, mit denen sie in ihren Heimatländern sozialisiert wurden.

„Unter keinen Umständen dürfen wir bagatellisieren oder hinwegsehen. Das gilt für Flüchtlinge, die über Bedrohung berichten, das gilt auch für den von uns Juden beklagten wachsenden Antisemitismus.", sagte Rubinstein. „Die Gefah-

ren lauern nicht mehr an den äußeren Spektren unserer Gesellschaft. Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus sind ein massives Problem unserer Gesamtgesellschaft."

Wenn Juden am Seder-Abend des Pesach-Festes sich auf hebräisch wünschen: „Nächstes Jahr in Jerusalem" dann umfasse dies die Hoffnung auf das spirituelle Jerusalem der kommenden Welt, in dem sich die prophetischen Visionen erfüllen und alle gemeinsam den einen Gott bezeugen, egal ob Juden, Christen oder andere, sagte Michael Rubinstein schließlich, „und wenn wir heute wirklich etwas als Kitt der sich verändernden Gesellschaft benötigen, dann ist es Mut, Hoffnung und ein ehrliches, tatkräftiges Miteinander von Mensch zu Mensch."

Im Jahr 1993 jedenfalls, beim Parlament der Weltreligionen in Chicago, bekannten sich Vertreter von fast zweihundertfünfzig Glaubensgemeinschaften zu einem Weltethos der Gewaltlosigkeit, des Respekts und des Friedens. Diese Kräfte müssen einer militanten Inanspruchnahme des Glaubens von innen entgegenwirken. Aber sie müssen auch die politischen Ursachen von Gewalt beseitigen: Verelendung, mangelnde Partizipation, Korruption, Missachtung ökonomischer Zusammenhänge und Unkenntnis gewaltfreier Durchsetzungsstrategien. <<

Reinhard Nixdorf